

## **Bernd Grothkopp ( Vortrag zum 25. jährigen Bestehen der LD)**

### **Warum bin ich Mitglied der „Liberalen Demokraten – die Sozialliberalen – LD“?**

Zunächst möchte ich meinen politischen Werdegang, das Entstehen meiner politischen Grundhaltung an Hand ganz persönlicher Erlebnisse beschreiben.

Rückblickend bin ich in meiner politischen Grundhaltung immer liberal gewesen, radikal liberal, grün liberal, um es genauer zu beschreiben.

Als späterer Physiker war ich bereits als Schüler ein heftiger Gegner der Kernenergienutzung. Ich war als Student der 68er Generation sehr betroffen darüber, dass ich darin nicht einer Meinung war mit meinem verehrten Hamburger Hochschullehrer C. F .v. Weizsäcker. Immerhin hat er sich energisch gegen Kernwaffentest und die Kernwaffen ausgesprochen, das hat mich ein wenig versöhnt.

Weiter waren mir immer die Religionsfreiheit wichtig, einschließlich der Freiheit, ein Atheist zu sein, die soziale Verpflichtung der Gemeinschaft, die Schwachen aufzufangen, die Nachhaltigkeit der technischen Entwicklung (als Physiker ist man immer mitschuldig am technischen Tempo und der technischen Ausbeutung).

Und als radikal Liberaler stehen natürlich ganz oben Toleranz, Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde.

Während der Schulzeit hatte ich einen Freund, der durchs Elternhaus geprägt doktrinärer Sozialdemokrat war. Seine Art dialektisch zu argumentieren hat mir die SPD extrem unsympathisch gemacht.

Das menschenverachtende Verhalten der CDU in allen politischen Fragen war mir unerträglich.

Darum war es nicht verwunderlich, dass ich zu den Liberalen tendierte.

Seit ich 1964 wahlberechtigt war, gehörte meine Stimme der FDP.

Zunächst war mir allerdings die FDP als endgültige politische Heimat zu schwankend und dabei auch eher zu rechtslastig.

Aber dann kam die Bundestagswahl 1969. Ich hatte zwei Jahre als demonstrierender 68er Student hinter mir, gerade das Diplom in der Tasche und meinen ersten Arbeitsplatz in Stuttgart bekommen, den ich bis heute habe.

Die Zukunft lag vor mir, ich fühlte mich aufgerufen, an großen Veränderungen mitzuwirken. Natürlich war ich begeistert von der Bildung der sozialliberalen Koalition, ihrer Politik und den dann folgenden Freiburger Thesen. Ich suchte engen Kontakt zur FDP, sammelte Unterschriften und kandidierte schließlich auf der FDP Liste für die Kommunalwahlen.

Dann kam das Jahr 1974. Wer in meinem Alter und mit meiner politischen Grundhaltung war nicht entsetzt über den Rücktritt von Willy Brandt.

Alles, woran wir geglaubt, woran wir gearbeitet hatten, schien einzustürzen.

Mein einziger schwacher Trost war, dass der Nachfolger Helmuth Schmidt Bundestagsabgeordneter meiner Heimatstadt Hamburg-Bergedorf war. Ich kannte ihn gut als technokratischen Macher, ich traute ihm viel zu und hielt ihn für sachlich und ehrlich. Wann findet man mal einen solchen Politiker. Aber er war kein Visionär und für mein Gefühl zu rechts.

Das Schlimmste am Jahr 1974 war aber für mich als noch zartes politisches Pflänzchen, dass Genscher Außenminister und Parteichef wurde. Die Medien zerrissen sich das Maul darüber, welch eine Katastrophe ein sprachunbegabter Polizeiminister für die deutsche Außenpolitik sei. Er hat dann später tatsächlich alle prophezeiten Fehler gemacht, aber niemand nahm das mehr zur Kenntnis, man ließ den schließlich dienstältesten und offensichtlich auch angesehenen Außenminister kritiklos jahrzehntlang agieren.

Mit der Wahl Genschers zum FDP-Vorsitzenden war für mich endgültig klar, dass ich nicht Mitglied dieser Partei werden konnte, denn Genscher bedeutete für mich einen Rechtsruck, das war nicht mehr meine Partei, ich wandte mich ab.

Genscher war der Grund, dass ich zunächst parteilos blieb. Ich hatte damals viel schneller ein Ende der sozialliberalen Koalition erwartet.

Für mich folgte eine Zeit politischer Verzweiflung, Ratlosigkeit. Ich erwartete von der liberalen Partei, dass sie dem Nachrüstungsplan Helmuth Schmidts energisch entgegentritt. Aber nichts geschah.

Dann kam Lambsdorffs Brandbrief 1982 gegen die Wirtschaftspolitik von Helmut Schmidt, weil der mehr als zwei Millionen Arbeitlose zugelassen hätte, weil die Staatsverschuldung zu hoch sei. Beides war danach immer höher, niemand ist so grandios mit verkündeten Absichten zu diesen Themen gescheitert wie Genscher, Lambsdorff und Kohl.

Genscher ließ geschehen, ließ Lambsdorff handeln, ging eine rechte Koalition ein, wurde, wie von mir schon lange erwartet, vom Paulus zum Saulus.

Mit der Gründung der Liberalen Demokraten kam nach achtjährigem Nebel das politische Morgenrot für mich, ich war Gründungsmitglied der LD und Vorstandmitglied des LV BW. Die LD war meine erste und ist bis heute und weiterhin die für mich einzig denkbare politische Heimat.

Die politischen Ziele und Beschlüsse haben mich nie enttäuscht.

Sehr enttäuscht war ich allerdings in der Anfangszeit, weil auch hier Intrigen und persönliches Vorankommen vielen Mitgliedern wichtiger schien als die politische Arbeit und Entwicklung. Die LD wurde gemieden von politischer Prominenz, die in der FDP blieb oder zur SPD wechselte. Ich halte es für einen entscheidenden historischen Fehler, dass Willy Brandt die prominenten Liberalen zur SPD gezogen hat.

Hätte er sie bestärkt, die LD zu unterstützen, dann wäre bei den folgenden Wahlen eine sozialliberale Mehrheit SPD/LD sehr wahrscheinlich erreichbar gewesen und das düstere Kapitel Kohl wäre uns erspart geblieben.

Die LD wurde auch verlassen von politischen Strebern, die ein schnelleres Emporkommen bei den Grünen witterten.

Zernagt von internen und externen Intrigen stand die LD schließlich stark gerupft da als ich mich 1990 nach einem Gespräch mit Gabriele Safai entschied, noch aktiver als bis dahin weiterzumachen und meine politische Heimat zu retten.

Ich habe bis heute die Hoffnung nicht aufgegeben, dass den Wählern und den Medien doch irgendwann die Augen aufgehen und wieder erkannt wird, welches politische Kapital wir darstellen. Wann immer in den Medien vor den Wahlen in Interviews und Kommentaren die Rede davon ist, dass man nicht wüsste, was man wählen solle, weil doch alle Parteien die wichtigen Themen nicht oder nicht richtig anpacken: „es ist doch egal, was man wählt“,

Ich bin dann jedes Mal sehr betroffen, dass uns offensichtlich niemand wahrnimmt, obwohl wir doch die Antwort waren und sind, die viele suchten und noch suchen.

Stattdessen fiel die Wahlbeteiligung immer weiter oder die Stimmen landeten ziellos als Proteststimmen bei bedenklichen Rattenfängern.

Natürlich stelle ich mir immer wieder die Frage, ob das Parteienspektrum sich nicht inzwischen wieder zum Besseren gewendet hat. Ich sehe es nicht und die Wähler bestätigen das eigentlich auch von Wahl zu Wahl.

Die großen Volksparteien verschwinden langsam in einer größer werdenden Gruppe vieler kleiner Parteien.

Damit wird aber möglicherweise unsere Chance um so größer, dort auch mitzuspielen.

Unsere politische Grundhaltung, unser Unterschied zu den etablierten Parteien würden uns beim Wähler schon eine Chance geben, bei den 10%ern dabei zu sein.

Leider sind die Beschaffenheit des Wahlsystems und die Befangenheit der Wahlleiter ein großes Hindernis, über das uns nur die Medien hinweghelfen könnten, denn reiche Sponsoren, mit deren Hilfe wir werbemäßig und auf dem Rechtsweg klotzen könnten, sind leider nicht in Sicht.

Trotzdem bin und bleibe ich ein Liberaler Demokrat.

Dazu möchte ich auf meine persönliche Sicht über die für mich entscheidenden Unterschiede zu den sogenannten etablierten Parteien kommen.

Ich möchte an Beispielen erläutern, warum diese anderen Parteien für mich unerträglich sind.

Ich bin bei den Grünen bei den Zielen „keine Kernenergie“, „CO2-Senkung“, „Nachhaltigkeit“, aber die Wege sind mir zu doktrinär, menschenfeindlich, eben nicht liberal. Und ich bin nicht bei den Grünen bei der Unterstützung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Ich bin bei der FDP bei der „CO2-Senkung“, „der Ablehnung von Überwachungen“, „der Freiheit des Einzelnen“, aber nicht bei der Befürwortung der Kernenergie, nicht beim Neoliberalismus und nicht bei der Freiheit zu Unbildung und Armut.

Ich bin bei der SPD bei der sozialen Solidargemeinschaft, der Bildung für alle, der Beseitigung der Armut, aber die gewerkschaftsnahe Sicht des einkommensschwachen AN ist zu doktrinär, die Ziele für die Gesamtheit bleiben unklar.

Die CxU ist für mich ganz außen vor. Ich möchte die Trennung von Kirche und Staat, ich kann keiner Partei zugeneigt sein, deren Grundlagen eine Religionsgemeinschaft ist, ich mag ihre Schulpolitik nicht, und nicht die Betonung von Wachstum. Ganz zu schweigen von Ihrem Fremdenhass und ihrer Sicherheitspolitik zu Lasten der bürgerlichen Freiheiten. Sie würden gern die christlichen Grundlagen im Leben der Menschen noch mehr betonen und ich halte es für einen inneren Widerspruch, wenn eine deutsche staatstragende religiöse Partei Stellung bezieht gegen eine staatstragende religiöse Partei in der Türkei. Nicht das mir das dort besser gefällt als hier, aber ich ertrage keine logischen Widersprüche.

SPD + CxU haben den gemeinsamen großen Fehler, dass alle ihre Antworten heißen: die Probleme sind gelöst, wenn die Arbeitslosigkeit beseitigt ist. Allerdings haben sie keine nachvollziehbare, nachhaltige Lösung dafür und was viel schlimmer ist, keinen Plan B, wenn die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht. Derzeit gibt es wieder neues Wachstum durch die Schwellenländer. Aber irgendwann gibt es keine neuen Schwellenländer mehr auf der Erde, schon gar nicht so große wie derzeit. Und auch jetzt ist der Arbeitmarkteffekt eher gering.

CxU + FDP haben gemeinsam die Wiedervereinigung vermurkst, weil Kohl und Genscher zaudernd ausgesessen haben, was angepackt werden musste, und es allein der Wirtschaft überlassen wollten, blühende Landschaften zu schaffen. Mit ihrer Umsetzung der Wiedervereinigung sind so viele Chancen vertan worden. Das werde ich ihnen ewig übel nehmen.

Dann gibt es da noch die Linken, bei denen ich bin beim Nein zum Auslandseinsatz der Bundeswehr. Ansonsten sind sie mir zu doktrinär, zu sozialistisch, zu nationalistisch, zu widersprüchlich.

Alle anderen sind wohl nicht der Rede wert. Ich frage mich nur bei jeder Wahl, woher haben alle diese anderen, mit bisher mindestens der gleichen Bedeutungslosigkeit wie wir, ihre Medienaufmerksamkeit und das Geld, um immer wieder ohne Erfolg bei Wahlen anzutreten? Und dann werden sie im Gegensatz zu uns auch nicht von den Wahlleitern abgelehnt. Vielleicht weil sie wirklich bedeutungslos sind, wir aber hohe Bedeutung gewinnen würden? Sorgen die in den Wahlausschüssen vertretenen etablierten Parteien aus Eigennutz für unsere Ablehnung?

Wo sehe ich nun die Übereinstimmung zwischen meiner politischen Meinung und den programmatischen Beschlüssen der LD?

Ich bin gegen die Nutzung der **Kernenergie**, weil Betrieb und die Entsorgung unbeherrschbar sind und im Falle eines SuperGAUs ganze Landstriche unbewohnbar werden. Zudem ist der Brennstoff

auch nur endlich vorhanden, also nicht nachhaltig, noch weniger als Kohle und Öl. Und es wird verschwiegen, dass Kernenergiewerke 20 Jahre laufen müssen, bevor sie die Energie erzeugt haben, die für ihren Bau, Betrieb und die Entsorgung aufzuwenden sind. Sie erzeugen in ihrer Ökobilanz also sehr wohl sehr viel CO<sub>2</sub>.

**Nachhaltigkeit** muss nicht nur in der Energiediskussion Einzug halten, sondern bei allen Verbrauchsthemen ob Energie, Wasser, Landschaft, Luft und Rohstoffen. Ich stelle die derzeitige Geschwindigkeit der technischen Entwicklung in Frage. Ich möchte gern das Ziel verfolgen, dass in 100 Jahren alle Menschen unter gleichen Bedingungen leben und daraus ableiten, wie wir jetzt und bis dahin mit den Ressourcen umgehen müssen, um das zu ermöglichen. Ein menschenwürdiges, auskömmliches Leben für alle weltweit muss angestrebt werden.

**Auslandseinsätze** der Bundeswehr sind abzulehnen. Wenn militärische Einsätze, dann nur durch UN-Truppen mit UN-Mandat. Aufbauhilfe durch andere Staaten muss immer zivil sein, die Ordnungsfunktion kann nicht durch fremde Truppen, sondern nur durch einheimische Ordnungskräfte erfolgen. Wenn ein Staat nicht lebensfähig ist, dann kann und muss man den dort lebenden Menschen humanitär helfen, aber ihren maroden Staat in eine blühende Demokratie zu zwingen, das ist unmöglich.

Eine allgegenwärtige **Überwachung** in allen Medien wie sie von BIM Schäuble angestrebt wird, halte ich für unerträglich. Demokratie beruht auf Vertrauen aller gegenüber allen, sonst könnte man Mehrheitsbeschlüsse nicht akzeptieren. Da die Mehrheit so mächtig ist, muss es Regeln geben, durch die Minderheiten geschützt werden. Meinungsfreiheit ist eine der wichtigsten Regeln. Wenn jedes Wort sicherheitspolitisch auf die Goldwaage gelegt wird, dann ist die Demokratie tot. Es gibt ein Grundrecht auf Freiheit, aber keines auf Sicherheit. Eben, Demokratie baut auf Vertrauen, nicht auf absoluter Sicherheit.

Die **Freiheit des Einzelnen** ist unabdingbare Voraussetzung für die Demokratie, denn Abhängigkeit macht erpressbar. Deshalb dürfen Redefreiheit und Versammlungsfreiheit niemals so eingeschränkt werden wie z.B. derzeit in Russland. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsverfassungsgesetzes sind wichtige Voraussetzung für die weitgehende Unabhängigkeit der Arbeitnehmer. Und überall müssen wir wachsam sein gegenüber schleichenden Einschränkungen. Unser Grundgesetz gibt so viele Möglichkeiten, die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Es ist Aufgabe gerade einer liberalen Partei, immer wieder die Finger in die Wunden zu legen.

**Unbildung und Armut** sind auch Feinde der Freiheit, der Demokratie und des Friedens.

Jede Form von **Fremdenhass** ist mir unerträglich. Staatsgrenzen sind organisatorische Konstrukte, die das Zusammenleben innerhalb dieser Grenzen regeln, aber sie dürften im Grunde niemals die Bewegungsfreiheit irgend eines Menschen einschränken. Menschenrechte und Menschenwürde dürfen niemals auf das eigene Staatsvolk beschränkt werden. Deshalb ist mir auch die Begriffe „illegaler Einwanderer“ oder „Abschiebung“ zutiefst zuwider. Jeder Mensch ist in über 190 Ländern der Welt Ausländer.

Allein schon aus Eigennutz sollte man Ausländer wie sich selbst behandeln. Man stelle sich vor, ein KKW geht hoch oder die Eifel-Mare brechen wieder aus oder in Folge des Klimawandels wird die norddeutsche Tiefebene dauerhaft überflutet. Dann sind wir darauf angewiesen, dass viele oder fast alle Deutschen von anderen Ländern aufgenommen werden. Deshalb möchte ich Fremde bei aller Verschiedenheit mit Würde behandeln wie ich auch in anderen Ländern mit Würde behandelt werden möchte.

**Frieden** kann man nur erreichen durch Freundschaft unter Gleichen, aber nicht durch Unterdrückung der Schwachen oder mit wirtschaftlicher Kumpanei mit Diktaturen. Jede militärische Unterstützung eines Diktators, jede Unterdrückung der Nachbarn befreundeter Staaten macht den Frieden unwahrscheinlicher. Deshalb werden die USA mit ihrer Weltpolitik scheitern. Der Völkergemeinschaft muss es gelingen, die USA vollständig in die UN einzubinden und erreichen, dass alle Menschen, alle Staaten gleich behandelt werden.

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen, er ist nur in der Gruppe lebens- und entwicklungsfähig, allein schon wegen der Kinder, die sich noch nicht allein versorgen können und wegen der Alten, die sich nicht mehr allein versorgen können. Und der Mensch braucht für alle seine Bedürfnisse die Arbeitsteilung.

Ohne **soziale Solidargemeinschaft** kann der Mensch nicht existieren. Aber dann müssen alle die gleichen Rechte und Pflichten haben. Diese Sicht geht leider bei vielen Verordnungen und Gesetzen und im täglichen Verhalten der Menschen immer wieder verloren. Darauf muss man ständig aufmerksam machen und darum kämpfen.

**Bildung für alle** folgt aus den gleichen Argumenten. Jedem muss es möglich sein, die Ausbildung zu erreichen, zu der er fähig ist, es darf keine finanziellen oder örtlichen Einschränkungen geben.

**Kirche und Staat** müssen getrennt sein. Das sieht nicht nur unser Grundgesetz so, sondern das ist auch meine persönliche Überzeugung. Die Freiheit des Glaubens beinhaltet natürlich auch die Freiheit, ein Atheist sein zu dürfen. Toleranz gegenüber dem Glauben bedeutet auch, dass man verschiedene Religionsgemeinschaften gleichberechtigt nebeneinander dulden muss. Natürlich gibt es Grenzen der Toleranz, wenn Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde von einer Religionsgemeinschaft verletzt werden. Natürlich würde ich niemals die Scientologen anerkennen wollen. Aber die Argumente gegen islamisches Verhalten sind leicht auch auf Auswüchse im Verhalten christlicher Kirchen zu übertragen. Religionsgemeinschaften muss man politisch sehr kritisch sehen, aber man darf niemals den einzelnen Menschen wegen seines Glaubens benachteiligen.

Zum Thema **Wachstum** gilt das Gleiche wie beim Thema Nachhaltigkeit. Wachstum an sich ist kein erstrebenswertes Ziel und ist auch nicht unbegrenzt möglich, denn die Erde ist nun mal ein endlicher Körper.

Und es stimmt auch nicht, dass Wachstum zu Vollbeschäftigung führt. Wachstum fördert in erster Linie durch Automatisierung und Rationalisierung die Produktivität, vermehrt aber nicht die Erwerbsarbeit. Die Erfahrung der letzten 30 Jahre bei uns und die aktuelle Situation in den Schwellenländern zeigt, dass durch Wachstum die Erwerbsarbeit eher abnimmt.

Damit sind wir beim Thema **Arbeitslosigkeit**. Das ist ein Unwort, denn es gibt eigentlich keine Arbeitslosigkeit, es gibt nur Erwerbsarbeitslosigkeit. Es gibt kaum Menschen, die wirklich gar nicht arbeiten. Wir alle arbeiten im Rahmen von Selbstbedienung auch in unserer Freizeit. Alles Tätigkeiten, die zu Zeiten meiner Großeltern noch Erwerbstätigkeiten waren. Diese Tätigkeiten werden auch von sogenannten Arbeitslosen ausgeführt. Viele Menschen arbeiten ehrenamtlich und sehr viel Arbeiten werden in Familie und Haushalt ausgeführt. Die LD hat dieses Thema in ihrem Entwurf „Arbeit für alle“ in dieser Sichtweise schon vor vielen Jahren aufgegriffen. Das ist für mich die einzig richtige Sichtweise.

Die Aufgabe der **Wirtschaft** ist es, im freien Spiel der Kräfte unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei hoffen wir natürlich in Form von Erwerbstätigkeit beteiligt zu werden. Ich will hier gar nicht die Frage behandeln, ob einige wenige berechtigt sind, übermäßig Geld mit der freien Marktwirtschaft zu verdienen. Aber die Wirtschaft darf das Spiel nicht allein oder zum eigenen Nutzen bestimmen, sie muss ein Teil der Gesellschaft sein. Sie muss immer wieder in ihre Schranken gewiesen werden und darf nicht wie bei der Wiedervereinigung von der Politik sogar noch aufgefordert werden, alles nach eigenem Gutdünken allein zu richten.

Soviel beispielhaft zu meinem politischen Standort und der Übereinstimmung mit der LD.

Auch in der LD gibt es unterschiedliche Sichten und politisch heftige Diskussionen, dabei geht es aber meistens um den richtigen Weg zum gemeinsamen Ziel, nicht um unterschiedliche Ziele. Aber auch wenn nicht alles einmütig beschlossen wird, was ja auch furchtbar wäre, aber auch wenn der einzelne sich der Mehrheit beugen muss, so gehen wir doch alle mit großem Respekt miteinander um. Und die grundlegenden Ziele, die Toleranz von Meinungen, die Wichtigkeit von Freiheit, Menschenrechten und Menschenwürde, die haben wir einmütig gemeinsam.

Hier ist meine politische Heimat und ich werde mich deshalb mit aller Kraft weiter für die LD engagieren. Wobei ich jetzt natürlich schon zu den Alten zähle und deshalb hoffe, dass viele engagierte Junge zu uns kommen und die Saat, die wir gelegt haben, zum Wachsen und Gedeihen bringen und den politischen Ertrag für die ganze Gesellschaft eintragen werden. Es würde mich mit Stolz erfüllen, wenn ich als Greis in den Tagesnachrichten eine selbstbewusste, erfolgreiche und politisch wichtige LD beobachten könnte.

Nichtsdestotrotz halte ich es für überlegenswert zusätzlich zur Gründung einer europäischen radikal sozial liberalen Partei aufzurufen.

Wir sollten uns das ernsthaft überlegen. Als eine der ersten europäischen Parteien aufzutreten ist eine große Chance, von den Medien wahrgenommen zu werden und erfolgreich bei den Europawahlen anzutreten.

Es ist wahrscheinlich rechtlich nicht möglich, per Beschluss die LD zum deutschen Teil dieser EU-Partei zu machen. Aber es wäre sicher möglich, dass wir in unsere Satzung eine Doppelmitgliedschaft für dieses Konstrukt erlauben, also jedes LD-Mitglied auch Mitglied dieser EU-Partei sein darf.